
IMA 2009
Eröffnungsrede Elmar Brok MdEP
am 13. Januar 2009 in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gauselmann, sehr geehrter Herr Christiansen, sehr geehrter Herr Trenner, ich freue mich hier sein zu können und danke zunächst ganz herzlich für die freundliche Einladung, die diesjährige Internationale Fachmesse Unterhaltungs- und Warenautomaten (IMA) eröffnen zu dürfen. Und wenn ich die beeindruckenden Zahlen sehe, die Sie bei Ihrer gestrigen Wirtschaftspressekonferenz präsentiert haben, dann muss ich sagen, die Automatenwirtschaft ist ein wichtiger und Ernst zu nehmender Wirtschaftszweig. Ich habe noch nicht gehört, dass die Automatenhersteller oder die Automatenaufsteller Staatshilfen benötigen oder fordern, um Überleben zu können. Vielleicht haben Sie einiges besser gemacht als manche Banker, die uns bisher immer erklärt haben, wie „es“ geht.

Wenn ich die Messe und die ausgestellte Produktvielfalt sehe, bin ich froh, gekommen zu sein, um mir einen Eindruck vor Ort zu verschaffen. Natürlich hat mich mein Weg nicht zuletzt deshalb hier her geführt, weil ich Ostwestfale bin und auch meinen Dank gegenüber Paul Gauselmann und seiner Firma zum Ausdruck bringen möchte. Für unsere Region ist das Unternehmen ein außerordentlich wichtiger Arbeitgeber. Für die unternehmerische Leistung möchte ich Dank sagen.

199 Aussteller auf 20.000 qm² und erwartete ca. 9.000 Besucher, das ist nicht wenig für eine Fachbesuchermesse. Die Vending- und Zigarettensautomaten in Deutschland erwirtschaften einen Umsatz von ca. 7 Mrd. Euro und die Spiel- und Unterhaltungsautomatenwirtschaft über 4 Mrd. Euro auf allen Branchenstufen. Das ist schon gewaltig. Die Branche beschäftigt im Bereich der Musik- und Unterhaltungsautomatenwirtschaft ca. 65.000 Menschen, davon 70 % weibliche Mitarbeiter. Bei den Waren- und Leistungsautomaten kommen noch mal 40.000 Arbeitsplätze hinzu. Allein im Bereich der Musik- und Unterhaltungsautomatenwirtschaft arbeiten in Deutschland ca. 6.000 kleine und mittelständische Unternehmen auf allen drei Wirtschaftsstufen, d.h. in der Industrie, dem Großhandel und in der Automatenaufstellung. Europaweit werden auf dem „Gaming-Markt“ 17 Mrd. Euro erwirtschaftet und rund 350.000 Menschen beschäftigt – nach den Zahlen von 2007.

Mich, als potentiellen Kunden, interessiert natürlich auch die andere Seite, nämlich das, was die Automaten an Spielergewinnen auszahlen. Leider habe ich dazu keine exakten Zahlen, das wissen die Anwesenden hier natürlich ohnehin viel besser. Ich habe aber ein Zitat des irischen Dramatikers Bernhard Shaw. Der hat `mal gesagt, „Der Roulettetisch lohnt sich für keinen, ausgenommen für seinen Besitzer“. Auf der einen Seite also der Spieltrieb, d.h. die „Leidenschaft“ des Spielers und auf der anderen Seite die „Leidenschaft“ Spiele zu entwickeln und anzubieten. Diese Messe wird auch über diese Zusammenhänge vertiefte Aufklärung geben können.

Die auf der IMA ausgestellten Neuerungen sind bedeutend und unterstreichen den Stellenwert der IMA als deutsche Leitmesse und als eine der wichtigen internationalen Leistungsschauen der Automatenwirtschaft. Ich bin sicher, dass die Messe belegen wird, dass besonders in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten Innovationen wichtig sind, damit eine Branche sich aus eigener Kraft gegen den Trend stellen kann.

Die aktuell gesamtwirtschaftlich schwierige Situation und die Finanzkrise, die nicht in Deutschland und nicht in Europa gemacht worden ist, zeigen zweierlei: In vergangenen Zeiten, wenn es zu einer „Konjunkturdelle“ kam, dann war diese stets regional begrenzt.

Immer gab es eine Lokomotive. War z.B. Deutschland in der Krise, so ging es Frankreich besser. Und betraf die Rezession z.B. Europa, so hatten die USA oder aber Asien Lokomotiv-Funktion. Gegenwärtig ist keine Lokomotive in Sicht, die den ganzen Zug wieder in Gang bringen könnte. Das ist das Neue, das Unsichere, das sowohl die Wirtschaft als auch die Politik berührt und treibt. Hinzu kommt der zweite Punkt: Maßnahmen, die auf europäischer Ebene beschlossen worden sind und die in den nächsten Monaten und auch in diesen Tagen in Berlin beschlossen werden, bergen stets auch ein Stückchen Unsicherheit in sich. Nämlich die Frage, ob es die richtige Methode ist, das Problem in den Griff zu bekommen. Niemand hat wirklich Erfahrungen mit einer solchen Situation.

Meines Erachtens ist es äußerst bedeutsam, dass der Bankenbereich wieder voll und ganz zum Laufen kommt. Mittelständische Unternehmen, die im Kern eigentlich gesund sind, sind vielfach unverschuldet in die Krise hineingeschlittert. Diese Unternehmen müssen Überbrückungshilfen bekommen, damit sie nicht in dieser Krise wegen eines Mangels an Krediten quasi „absaufen“. Ich glaube, diese Überbrückungshilfen sind von entscheidender Bedeutung. Wenn man sieht, in welcher Weise gerade die deutsche Wirtschaft – und insbesondere auch meine ostwestfälisch-lippische Heimat – mittelständisch geprägt und familiengetragen ist, so wird deutlich, dass die aktuelle Krise dazu führen könnte, dass Teile dieser gewachsenen Wirtschaftsstruktur zerschlagen und nie wieder in ihrer tiefen Staffelung und in dem vorhandenen Branchenmix errichtet werden können. Damit wäre die Struktur unserer gesamten deutschen Wirtschaft in erheblichem Umfang gefährdet.

Ich hoffe aber, dass gerade die mittelständischen, familiengetragenen Unternehmen den Elan, den Ideenreichtum und die Innovationen erbringen bzw. finden, um „den Karren“ wieder in Gang zu bringen. Der Blick zurück zeigt, dass gerade die innovativen mittelständischen Unternehmen die Theoretiker immer wieder Lügen gestraft haben.

Insgesamt bin ich der Überzeugung, dass wir in einer Renaissance der sozialen Marktwirtschaft stehen. Insbesondere im europäischen Parlament sind wir immer wieder mit dem angelsächsischen Modell des total freien Marktes konfrontiert. Im Gegensatz dazu steht die Erhard'sche soziale Marktwirtschaft. Der Sozialismus ist gescheitert. Auch in x-Varianten wird der Sozialismus die Leistungen der sozialen Marktwirtschaft nie erreichen können. Der Markt ist der geeignete und der beste Ort, knappe Ressourcen richtig einzusetzen, und zwar um Werte zu schaffen. Auf der anderen Seite haben wir gesehen, gerade im Finanzdienstleistungssektor, dass ein Markt ohne Regelungen zur Selbstzerstörung führt. Wenn wir in Deutschland keine Kartellgesetzgebung hätten, wie sie Ludwig Erhard in den 50er Jahren in Deutschland eingeführt und wie sie zwischenzeitlich auch in der Europäischen Union umgesetzt wurde, gäbe es heute keinen Mittelstand, weil der Markt sich dann durch Oligopole oder Monopole selbst zerstört hätte. Die Kartellregelungen aufgrund des Vertrages von Lissabon sind wörtlich noch dieselben, die 1957 durch Erhard in die Römischen Verträge hineingeschrieben wurden.

Genauso brauchen wir Spielregeln für den sozialen Bereich und für den Umweltsektor. Zwischen den politischen Parteien wird darum gestritten, wie eng oder wie weit Regelungen sein müssen oder dürfen und wann ggf. gerade durch Regelungen die Leistungsfähigkeit des Marktes zerstört wird. Diese Auseinandersetzungen wird es immer geben.

Die EU kostet uns pro Jahr 8 Mrd. Euro netto. Der Export-Import-Überschuss auf dem Binnenmarkt für die deutsche Wirtschaft betrug 2007 ca. 168 Mrd. Euro. Das ist nicht das schlechteste Geschäft. Wenn aber dieser Binnenmarkt der Markt ist und es nicht mehr eine rein nationale Volkswirtschaft gibt, dann müssen die Regeln von Ludwig Erhard nicht mehr allein national umgesetzt werden, sondern auf europäischer Ebene. Wir brauchen

einen internationalen Ordnungsrahmen für die soziale Marktwirtschaft. Das ist es, was die G20-Staaten verhandeln.

Die Länder der Europäischen Union, die mit 12,5 Mrd. Euro ein größeres Bruttoinlandsprodukt als die Vereinigten Staaten haben, dürften in der Lage sein, auch unsere deutschen Positionen gemeinsam im Weltmaßstab durchzusetzen. Natürlich setzt die Politik auch Grenzen. Dies betrifft auch ihre Branche. Meines Erachtens, das trage ich in Diskussionen z.B. um Werbebegrenzungen und Verbraucherschutzmaßnahmen immer wieder vor, muss die Politik aber sehr viel mehr als bisher die Mündigkeit des Bürgers anerkennen. Die Politik kann dem Verbraucher nicht jede Entscheidung abnehmen. Freiheit bedeutet auch, sich falsch entscheiden zu können. Dies ist die Bedingung dafür, dass Freiheit mit Verantwortung verbunden ist. Diese Freiheit muss vom Bürger wahrgenommen werden. Der Staat sollte nur dort Regelungen setzen, wo es Missbrauch gibt. Unstrittig gilt, dass es im begrenzten Umfang Schutz für Verbraucher durch staatliche Regelungen geben muss. Herr Gauselmann hat in seiner Eröffnungsrede die Zahl von Spielern mit problematischem Spielverhalten genannt. Natürlich kann man darüber streiten, ob eine „5-Minuten-Pause“ sinnvoll ist oder nicht. Grundsätzlich aber gilt, dass Spielen zum Wesen des Menschen dazugehört. Der Spieltrieb ist Teil unserer Kultur. Goethe hat einmal gesagt: „Wie glücklich würde sich der Affe schätzen, könnte er nur auch ins Lotto setzen“. Und sein Freund Schiller brachte dies wie folgt zum Ausdruck: „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist. Und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“ Nach meiner Überzeugung ist dies zutreffend. Aus diesem Grunde müssen Freiräume vorhanden sein. Dort, wo das Individuum allerdings nicht in vollem Maße zur Eigenverantwortung fähig ist, muss von anderer Seite Verantwortung übernommen werden – das kann durch die jeweilige Branche über Selbstregelungen oder aber durch die Politik erfolgen.

Ich komme sehr stark aus dem Bereich der christlichen Soziallehre. Zum Glücksspiel generell sagen nach meiner Kenntnis die christlichen Grundwerte nichts. In diesem Zusammenhang fällt mir nur das Zitat von Albert Einstein ein: „Gott würfelt nicht“. Aber das trifft wohl eher die staatlichen Spielbanken, denn dort kann Würfeln als Glücksspiel betrieben werden. In gewerblichen Spielstätten in der Regel nicht.

Spielerschutz und Jugendschutz, d.h. Spielen in gesellschaftlicher Verantwortung, sind für gewerbliche Spielstätten wichtig und müssen konsequent betrieben werden. Spielerschutz durch Training der Angestellten, um problematischen Spielern frühzeitig begegnen zu können – dies ist außerordentlich zu begrüßen. Das gilt auch für die 2008 begonnenen Ausbildungen in eigenständigen Ausbildungsberufen der Automatenwirtschaft. Ich habe mich sachkundig gemacht – Spielerschutz und der Umgang mit problematischen Spielern sind Ausbildungsinhalt. Gerade qualifiziertes Personal kann die hiermit im Zusammenhang stehenden Aufgaben wirksam wahrnehmen.

Das Glücksspielmonopol, wie es z.B. im deutschen Lotteriestaatsvertrag vorgesehen ist, basiert auf dem Gedanken, dass der Staat die Gewähr dafür bieten kann, dass potentielle Suchtgefahr wirksam bekämpft werden kann. Wie der Europäische Gerichtshof aber schon 2003 festgestellt hat, darf der Staat mit seinen eigenen Aktivitäten nicht in erster Linie fiskalische Interessen verfolgen und darf sich nicht in Gegensatz zu seinen artikulierten Schutzziele setzen. Das Glücksspielmonopol ist unzweifelhaft mit dem europäischen Recht vereinbar, wenn der Staat sich nicht z.B. in einen Widerspruch versetzt, in dem er einerseits den Spieltrieb kanalisieren und begrenzen will, andererseits diesen aber durch Werbung anheizt. In Deutschland hat man nicht immer den Eindruck, dass beim staatlich organisierten oder veranstalteten Glücksspiel das Allgemeininteresse im Vordergrund steht und nicht das Finanzinteresse. Die Europäische Kommission hat aktuell den deut-

schen Glücksspielstaatsvertrag „im Visier“. Ein Vertragsverletzungsverfahren ist eingeleitet. Ich weiß nicht, wie dieses ausgeht. Letztlich wird aber geprüft, ob Bestandteile des deutschen Glücksspielstaatsvertrages mit europäischem Recht vereinbar sind. Dies bezieht sich z.B. auf das generelle Verbot von Glücksspielen im Internet sowie von Sportwetten, auf die Beschränkung der Fernseh- und Bandenwerbung sowie auf das für Finanzinstitute geltende Verbot, Aufträge im Zusammenhang mit Glücksspielen zu verarbeiten und auszuführen. Problematisch scheinen auch das Zulassungsverfahren für Spielervermittler sowie die Geldbußen für Online-Glücksspiele zu sein.

Die EU-Kommission hat Deutschland gegenüber bekräftigt, dass die Beschränkung des Glücksspiels aus Gründen des Allgemeinwohls kohärent und systematisch zur Begrenzung der Spiel- bzw. Wetttätigkeit beitragen muss. Nicht akzeptiert wird, dass ein Mitgliedstaat vorgibt, dass er sich gezwungen sieht, den Zugang der Bürger zu Glücksspielangeboten einzuschränken, wenn er die Bürger gleichzeitig dazu ermuntert, am staatlichen Glücksspiel teilzunehmen. Der zuständige Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes hat erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit des Glücksspielstaatsvertrages mit europäischem Recht, wie sie das Land Schleswig-Holstein bereits vor längerer Zeit formuliert hat. Kohärenz kann aber nicht die völlige Gleichbehandlung von verschiedenen Spielen bzw. von staatlichen und privaten Glücksspielen bedeuten. Es müssen stets auch die Unterschiede der Spiele bzw. der Regelungen berücksichtigt werden. Auflagen müssen der Art des Spiels gerecht werden, das bereits vorhandene Regelwerk berücksichtigen und im Ergebnis zu gleichartigen Wirkungen führen. Die einzelnen Maßnahmen müssen selbstverständlich nicht identisch sein.

Die französische Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr hatte u.a. im Fokus, sich einer europäischen Harmonisierung des Glücksspiels anzunehmen. Dies ist u.a. auch wegen der Vielzahl der Themen nicht gelungen. Die EU-Kommission hat das Europäische Parlament im Oktober 2008 informiert, dass es keine weitere Planung zu einer europaweiten Regulierung des Glücksspiels gibt. Aktuell haben die Tschechen diesbezüglich offenbar wenig Interesse. Wenn die Schweden aber Mitte 2009 den Vorsitz der Ratspräsidentschaft übernehmen werden, könnte dies wiederum anders aussehen.

Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland betreffend den Glücksspielstaatsvertrag wird allerdings weiterlaufen. Bei jeder Beurteilung durch die EU-Kommission oder den Europäischen Gerichtshof wird stets wiederkehrend deutlich, dass durch die Organe der EU in hohem Maße soziokulturellen Unterschieden Rechnung getragen wird, das heißt, die Mitgliedsländer sind bei ihren Maßnahmen recht frei. Eine Liberalisierung des Glücksspielmarktes ist allerdings vorstellbar. In Italien, Spanien und Frankreich hat sich dieses bereits niedergeschlagen. Ich prognostiziere, dass eine Liberalisierung, sowohl für den gewerblichen Bereich als auch das staatliche Glücksspiel betreffend, auf Dauer auch in Deutschland Platz greifen und Dynamik bringen wird.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass die Politik auch im Bereich des Glücks- und Gewinnspiels mehr Mut zeigen und dem Bürger mehr Verantwortung geben sollte. Gleichzeitig aber müssen Begrenzungen geschaffen werden, die notwendig sind, um den Bürger zu schützen. Die Begrenzungen dürfen allerdings nicht Instrument sein, um quasi einen Schutzzaun um staatliche Anbieter oder Betreiber zu errichten. Erinnern wir uns an den Schriftsteller Peter Bamm, der einmal gesagt hat: „Das Spiel ist das Einzige, was Männer wirklich Ernst nehmen“. Deshalb sind Spielregeln älter als Gesetze. Dies sollten wir nie aus dem Auge verlieren!